

**Haushaltsrede**  
**von Herrn Stadtrat Dr. Jan Gradel**  
**zur Einbringung der Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2011/2012**  
**im Gemeinderat am 10.02.2011**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Sie sehen mich heute ganz in schwarz. Das hat drei Gründe. Erstens entspricht es vollkommen meiner Gesinnung, zweitens heißt es, es macht schlank und drittens ist es vielleicht der Haushaltssituation angemessen.

Die allgemeine Finanzsituation in Bund und Land ist hinlänglich bekannt. Die Auswirkungen der Finanzkrise erreichten nun auch unseren Haushalt mit einiger Verspätung. Hier zeigen sich aber zwei Sachen. Zum einen, dass die Handlungsweise der Bundesregierung hier antizyklisch vorzugehen, im Rahmen der Finanzkrise zu investieren, ein Konjunkturpaket zu starten und dort Aufträge zu vergeben, wo sie andernorts fehlen, genau richtig war. Und ich denke, dass hier auch einmal ein Lob von dieser Stelle aus an die Bundesregierung ergehen sollte, dass diese Handlungsweise damals richtig war. Und in diesem Zusammenhang muss man mir dann auch schon mal erklären, warum denn ausgerechnet große Investitionen wie Stuttgart 21 oder vielleicht auch Stadt an den Fluss denn nun zwei Jahre später vollkommen falsch sein sollen. Investitionen in Infrastruktur waren stets richtig, zukunftsweisend und standortsichernd, warum dies nicht mehr gelten soll müsste mir jemand an dieser Stelle erklären und ist mir schleierhaft. Harte Standortfaktoren bleiben harte Standortfaktoren. Eine gute Infrastruktur bleibt eine gute Infrastruktur und weiche Standortfaktoren bleiben weich, sind diffus und im Zweifel nur ungenau nachvollziehbar. Daher muss man mir auch mal erklären, warum nun plötzlich die Kulturausgaben das Wichtigste sind in einem solchen Zusammenhang, wenn man über Standorte spricht. Deutschland hat wie gesagt die Krise gut gemeistert und ich denke, dass muss an dieser Stelle erwähnt werden.

Nun, während sich die Wirtschaft in Deutschland erholt und Deutschland wie kein anderes Land aus dieser Krise gestärkt hervorgeht, kommen die Auswirkungen der Finanzkrise bekanntermaßen mit einer Verzögerung von zwei bis drei Jahren bei den Kommunen an. Dies liegt an der Umverteilung, an den Steuererklärungen und an den rollierenden Systemen wie die öffentlichen Haushalte ausgeglichen werden. Und so ist der finanzielle Spielraum, wie Sie alle wissen, bescheiden geworden, wenn nicht mikroskopisch fast unmerklich. Der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung haben dem Rechnung getragen und der Haushalt ist davon geprägt. Nach der Auflösung der Rückstellungen und der schmerzlichen Erhöhung von Steuern und Gebühren verbleibt immer noch eine kaum zu überbrückende Kluft zu einem finanztechnisch nachhaltigen Haushalt, der auch dem Vermögensverzehr Rechnung trägt in dem er Zinsen und Abschreibungen ausgleicht. So bleibt an dieser Stelle zunächst ein Dank an Oberbürgermeister und Kämmereiamt für die Mühe der Erarbeitung dieses Entwurfs. Er ist von folgenden Rahmenbedingungen geprägt:

Einerseits Erhöhung von Steuern und Gebühren, andererseits aber auch Beibehaltung der ehrgeizigen Ziele in den Bereichen Soziales und Familie, nämlich Kinderbetreuung, des Kidertagesstättenausbaus, der Schulträgerschaft, der Integration der Senioren- und Familienpolitik. Auch hier könnte man einmal applaudieren und das Erreichte lobend erwähnen. Aber stattdessen beordert man seine Abgeordneten nach Stuttgart und Berlin, um dort für Verwirrung zu sorgen und die Zahlen und Statistiken anzuzweifeln. Für mich ein eigentlich unerhörter Vorgang, der sich nicht vereinen lässt mit dem Gelöbnis „Suche der Stadt Bestes“. Unseren Abgesandten und ihren Abgeordneten empfehle ich da etwas mehr Fantasie. Tragen Sie doch in dem Namen unserer Stadt eine Botschaft, die in den Buchstaben verborgen ist, denn richtig angeordnet ergeben die Buchstaben Heidelberg nämlich „Geld herbei“.

Statt immer nur von Sozialpolitik zu reden, wie es die Parteien mit dem S und dem G so gerne tun, hat diese Stadt unter Leitung von Oberbürgermeister Würzner gehandelt und Beispiellooses geleistet. Das hat viel Geld gekostet und kostet auch noch viel. An dieser Stelle unser Dank.

Da diese Bereiche nun weitgehend von den notwendigen Kürzungen des Haushaltes ausgenommen sind und ein kommunaler Haushalt in vielen Bereichen nicht veränderbar ist, verbleiben nur wenige andere Sektoren, um einen Einnahmeverlust von 50 Millionen Euro jährlich auszugleichen.

So sind die Vorgaben des Haushaltsplanentwurfes eben eine 10 %ige Kürzung der freiwilligen Ausgaben, Projekte und der Kultur, sowie eine fast 25 %ige Einsparung bei den Verwaltungsausgaben selber. Ein besonderer Dank an dieser Stelle an alle Beschäftigten, die Amtsleiter und Dezernenten, die diesen Weg mitgehen. Der Löwenanteil der Einsparungen wird von Ihnen gemeinsam getragen, auch wenn es schmerzt. Das muss an dieser Stelle auch erwähnt werden.

So verbleibt für die Fraktionen eigentlich gar kein Spielraum für Veränderungen. Wir von der CDU wollen den Weg des Oberbürgermeisters mitgehen und schlagen daher auch nur wenige Veränderungen vor, die im Saldo 320 000 Euro für Erhöhungen an Zuschüssen und Projekten ausmachen, die ausschließlich im sozialen und im Bildungssektor angesiedelt sind. Von diesen meinen wir, dass die große Stadt diese noch verkraften kann, aber die vorgesehenen Haushaltsansätze für die Projekte existenzbedrohend werden können.

Die Ursachen sind hier oft auch eine unglückliche Verquickung von mehreren Fördertöpfen oder dem Wegfall sogenannter Anschubfinanzierungen. Hier sehen wir Handlungsbedarf, auch einmal außerhalb der Haushaltsberatungen politisch tätig zu werden, die Parteien einzuschalten und einmal im ESF, Landes- oder Bundesmitteln zu verstetigen und diese Finanzierungen in gesicherte Förderungen umzuwandeln. Wir sehen wenig Sinn darin, seitens Bund und EU ständig neue Projekte anzuschubsen, von denen im vornherein klar ist, dass diese - weil auf Gemeinschaft angewiesen - nie alleine laufen können. Ich denke, dass ist eine Aufgabe außerhalb des Haushaltes die wir dringend angehen müssen.

So beantragen wir in den Bereichen Soziales, Integration und Chancengleichheit Erhöhungen für das BibeZ, Stazzone, Frauennotruf, Frauen helfen Frauen, Pro Familia und Caritas, sowie die Mittelbereitstellung für ein interkulturelles Zentrum. Wenn man es ernst meint mit diesen Projekten, so muss die Förderung hier auch gesichert sein. Außerdem innerhalb der Stadtverwaltung eine Erhöhung des Ansatzes für die Seniorenarbeit. Ein besonderes Anliegen ist uns allerdings die Förderung der Diakonischen Hausgemeinschaften. Hier ein Beispiel für eine auslaufende Anschubfinanzierung des Bundes. Die Leistungen dieser kleinen Gemeinschaft für die Stadt sind nicht in Euro zu beziffern und daher schlagen wir auch vor, Konzepte für die Errichtung von Quartiers-, Nachbarschafts- oder Familienzentren nach dem Vorbild der Mehrgenerationenhäuser als Arbeitsziel für die Verwaltung in den Haushalt mit aufzunehmen.

Im Bereich Bildung möchten wir keine Kürzungen bei der Volkshochschule und der Jugendkunstschule und beantragen ebenfalls außerhalb des Haushaltes und haushaltsneutral - heute auf der Gemeinderatssitzung ist sie eingebracht - die Einführung einer rollierenden Schulsanierung, die außerhalb der großen Sanierungsmaßnahmen für eine stetige Verbesserung der Raumsituation an unseren Schulen sorgen soll.

Als teilweise Deckung für diese Erhöhung schlagen wir, wenn auch ungerne und nicht einstimmig, Einsparungen bei den Städtepartnerschaften sowie den Einrichtungen Zungenschlag, Bachverein, Schülerfriedensbüro vor. Der Rest wird wohl in den sächlichen Verwaltungsausgaben zu suchen sein.

Innerhalb der Verwaltung schlagen wir die Aufwertung und echte Einrichtung eines Europa-Büros vor. Dies kann unserer Meinung nach auch ganz neutral gestaltet werden und hätte im Nachgang noch den Vorteil, dass europäische Fördermittel verstärkt in die Stadt kommen.

Ferner eine Erhöhung des Ansatzes für das Mobilitätsmanagement, denn meine Damen und Herren, Verkehr ist immer das gefühlte Hauptproblem dieser Stadt. Davor kann man die Augen nicht verschließen. Der Bürger erwartet, dass hier gehandelt wird.

Und natürlich beantragen wir aus den Restmitteln des Neckarufertunnels einen Posten für die Begleitung des Bürgerbeteiligungsverfahrens und der Variantenprüfung „Stadt an den Fluss“. Ich möchte hier nicht in die Sachdiskussion einsteigen, aber man kann doch nicht ein solches Projekt, welches für die Bürger dieser Stadt das größte Geschenk wäre, so einfach aus einseitiger verkehrsideologischer Sicht via Haushaltsbeschluss begraben. Wie wollen Sie das rechtfertigen?

Ich kann mir abschließend sogar vorstellen, dass der eine oder andere Gemeinderat von der Behandlung dieses Punktes seine Zustimmung zum Haushalt abhängig machen wird.

Soweit meine Ausführungen. Ich danke Ihnen für Ihr Gehör. Feuer frei!